CDU – Fraktion Holzwickede

Emscherkaserne

Positionspapier

Die Grundstücke und Immobilien der Bundeswehr gehören der Bundesvermögensverwaltung. Durch den Weggang entfällt die Nutzung als Bundeswehreinrichtung. Ein längerer Leerstand würde das Gelände dem Vandalismus und Verfall preisgeben. Um dem entgegenzuwirken hat sich die CDU mit ihrem Kommunalen Wahlprogramm 2004 – 2009 für die Umnutzung der Konversionsfläche eingesetzt und eine städtebauliche Rahmenplanung gefordert. Dabei sollte die Weiterführung der Vincenz-Wiederholt-Straße Richtung Süden als westliche Umgehungsstraße einbezogen werden.

Mit der Planung war sowohl eine Mischnutzung als auch die Anbindung an die westliche Umgehung vorgesehen. Zwischenzeitlich ist erkennbar, dass mit einer zeitnahen Umsetzung der westlichen Umgehung sowohl aus finanziellen als auch technischen Gründen (Bahndurchstich Schäferkamp / Straßenführung durch Naturschutzgebiet) nicht zu rechnen ist.

Am 03.02.2003 hat die CDU-Fraktion beantragt, bei Schaffung weiteren Baulandes in der Gemeinde Holzwickede maßvoll und unter Berücksichtigung bestehender Baugebiete sowie geplanter Kapazitäten vorzugehen. Gegen eine weitere Schaffung von Baurecht für Wohnbebauung durch Aufstellung eines Bebauungsplanes spricht sich die CDU-Fraktion jedenfalls solange aus, wie die verkehrlichen Probleme, die hierdurch entstehen, nicht gelöst sind.

Die Umnutzung des Kasernengeländes hat Vorrang vor der Schaffung weiteren Baulandes. Durch Schließung der Kaserne sind die Personenverkehre einschließlich der Pendeltransfers zu den Stellungen und die Schwerlast- und Busverkehre entfallen. Insoweit ist dieses Gebiet

anders zu werten als das RWE-Gelände (reine Acker- und Gartenflächen) an der Hauptstraße, welches zusätzliches Verkehrsaufkommen von geschätzt ca. 400 PKW bringen würde. Verkehre zum Kasernengelände bei anderer Nutzung würden wahrscheinlich etwas mehr als bei militärischer Nutzung entstehen, sie träten aber im wesentlichen an die Stelle des bisherigen Aufkommens. Daher steht die verkehrliche Lösung einer Umnutzung nicht im Wege, wenngleich die Erschließung über eine neue westliche Umgehung auf neuer Trasse besser wäre. Aber auch die vorhandene Schäferkampstraße lässt sicherlich einen Teil des Verkehres abfließen.

Unter dem 10.02.2004 hat die CDU-Fraktion darauf hingewiesen, dass das Verkehrskonzept der CDU Holzwickede von einer gerechten Verkehrsverteilung ausgeht. Der Verkehr, der heute hauptsächlich auf Nord- und Hauptstraße fließt, soll auf drei Achsen verteilt werden, nämlich neben der bestehenden Achse auf einer östlichen und westlichen Entlastungsstraße. Die CDU-Fraktion hält an ihrem Ziel fest und wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die westliche Verbindungsstraße gebaut wird, um die Verkehre aus dem westlichen Gemeindegebiet einschließlich der Konversionsfläche aufzunehmen.

Mit Antrag vom 20.02.2006 hat sich die CDU-Fraktion erneut für die Umnutzung der Emscherkaserne eingesetzt und eine Mischnutzung auf dem Gelände gefordert. Die westliche Erschließung war Bedingung. Die Suche nach Investoren auf dem Kasernengelände blieb erfolglos, da weder Schulen, Behörden, Sportorganisationen noch sonstige Einrichtungen daran interessiert waren bzw. ihr Interesse nach kurzer Zeit wieder aufgaben. Hinsichtlich der angedachten Mischnutzung unter Erhalt von Baukörpern z. B. für Internatsschulen, Behörden usw. muss der Nachfragesituation Rechnung getragen werden. Eine Mischnutzung ist sicherlich auch denkbar, wenn nicht alle Baukörper erhalten bleiben. Einigen Einrichtungen könnten zentralen Funktionen zugewiesen werden, an die Stelle der Kasernenblocks Wohngebäude treten. Ergänzende Einheiten, die nicht als Eigenheime ausgewiesen werden, könnten das Arrondissement abrunden (z. B. Pflegeeinrichtung, Hort usw.).

Wohnbebauung auf dem Kasernengelände für junge Familien

Da die Familie das Fundament der Gesellschaft ist, setzt sich die CDU Holzwickede für finanzielle Unterstützung und gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ein. Mit dem Wahlprogramm 2004 – 2009 wurde als Ziel die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Förderung kinderfreundlicher Gemeinschaft dargestellt. Es wurde die Förderung des Wohnungsbaus durch Bereitstellung von preiswerten Baugrundstücken, die Sicherung familiengerechter Wohnungsversorgung, ein flächendeckendes Spielplatzangebot, optimale Betreuung in Kindergärten sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit entsprechender Kinderbetreuung eingefordert.

Die demographische Entwicklung in unserer Gemeinde nimmt einen gleichen Verlauf wie in der übrigen Region und in der gesamten Bundesrepublik. Der Reproduktionsfaktor geht enorm zurück. Die Einwohnerzahl wird in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen. Auswirkungen auf dem Schulsektor sind bereits mit dem vorgelegten Schulentwicklungsplan aufgezeigt und politisch zu entscheiden.

Zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur unseres Ortes ist es dringend geboten, dass sich junge Familien ansiedeln. In Umsetzung des Wahlprogramms der CDU wird gefordert, dass preiswerteres Bauland für junge Familien ausgewiesen wird. Da das Kasernengelände bereits hinsichtlich seiner Versorgungseinrichtungen voll erschlossen ist, kann der Infrastrukturausgleich in vollem Umfange für Projekte des familiengerechten Wohnens verwendet werden. Es besteht die Vorstellung, dass Familien Grundstücke preiswerter erwerben können und ihnen familiengerechte Einrichtungen angeboten werden.

Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass junge Familien ca. um ein Viertel günstigere Grundstücke erwerben.

Wenn das Gelände hauptsächlich dem familiengerechten Wohnen dient, müssen entsprechende dazugehörende Einrichtungen geschaffen werden:

- Es ist ein zentraler Spielplatz mit Familienkommunikationsfläche anzulegen.
- Der vorhandene Sportplatz bleibt erhalten und dient in erster Linie als Sport- und Bolzplatz den angesiedelten Familien. Erst in zweiter Linie erfolgt Auslastung durch Sportvereine.
- Die Turnhalle sollte möglichst in die sportliche Nutzung durch junge Familien einbezogen werden.
- Das Kantinen- / Küchengebäude ist zu erhalten und dient als Kinderhort sowie Begegnungsstätte der dortigen Familien.
- Alle Einrichtungen können zwar in kommunales Eigentum übergeführt werden, sollten dann aber vergleichbar der Seniorenbegegnungsstätte eigenverantwortlich von den Nutzern betrieben werden.

Die Überplanung des Geländes sollte vorhandene Straßenverläufe aufnehmen. Erschlossen würde das Gebiet sowohl über die Margarethenstraße als auch über die Sölder Straße. Dadurch würde eine einseitige Belastung der Anwohner der Steinstraße ausgeschlossen. Im Übrigen wären sowohl die Kindergärten als auch sämtliche Schulen (einschließlich zwei konfessioneller Grundschulen) auf kurzen sicheren Wegen erreichbar.

Mit der g.e.b.b. als Vermarkter sind alsbald Gespräche mit dem Ziel der Umsetzung entsprechend vg. Position aufzunehmen.

Holzwickede, den 20. November 2006

Rolf Kersting
Fraktionsvorsitzender